

Die am 1. Juli 2020 begonnene und bis zum 31. Dezember 2020 dauernde deutsche Ratspräsidentschaft fällt durch die Corona-Pandemie in eine für den Gesundheits- und sozialen Sektor wegweisende Zeit.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der EGÖD, der europäische Verband von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, vertreten auf europäischer Ebene gemeinsam Beschäftigte im Gesundheitssektor sowie im Bereich der sozialen Dienstleistungen. Gemeinsam fordern wir die deutsche Bundesregierung auf, im Rahmen der Präsidentschaft die Weichen für die Trendwende hin zu dauerhaft verlässlicher und bedarfsorientierter gesundheits- und pflegerischer Unterstützung einzuleiten. Jetzt gilt es, die Infrastrukturen der Gesundheits- und Pflegesysteme europaweit zu stützen und zu stärken, um gemeinsam die Krise zu bewältigen und künftigen Krisen Stand zu halten. Die Solidarität und das klare Bekenntnis zur europäischen Union ist dafür die unverzichtbare Grundlage.

Wie die jüngsten Ergebnisse der Europäischen Kommission zeigen, beläuft sich der Investitionsbedarf in die Infrastruktur im Gesundheitswesen auf 70 Milliarden Euro, in der Pflege auf 50 Milliarden Euro.

Die deutsch-französische Initiative zur wirtschaftlichen Erholung nach COVID-19 hat die Bedeutung einer EU-Gesundheitsstrategie erkannt und hervorgehoben. Die deutsche Präsidentschaft wird eine wichtige Rolle beim Abschluss der Verhandlungen über das EU4health-Programm spielen.

Vor diesem Hintergrund

- fordern wir, dass der Wiederaufbaufonds einen klaren Fokus auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssektors haben muss,¹
- begrüßen und unterstützen wir das EU4health-Programm, mit dem Gemeinschaftsvorräte an medizinischer Ausrüstung geschaffen sowie die verstärkte Forschung, Produktion und Lagerung von im Krisenfall notwendigen Arzneimitteln und Medizinprodukten in Europa, wie etwa Schutzmasken, Beatmungsgeräte oder Impfstoffen, garantiert werden soll;
- bedauern wir gleichzeitig zutiefst die Entscheidung des EU-Rates, die Mittel für das EU4Health-Programm von 9,4 Milliarden Euro, wie im Mai vorgeschlagen, auf 1,67 Milliarden Euro zu kürzen und rufen das Europäische Parlament zum Einsatz für die Aufhebung dieser Entscheidung auf;

¹EGÖD und HOSPEEM als Sozialpartner im Krankenhaus- und Gesundheitssektor legten ihre Positionen in [einem gemeinsamen Brief an Kommissar Kyriakides](#) dar.

- hat die COVID-19-Pandemie deutlich gemacht, dass die Beteiligung am RescEU Programms zur Beschaffung von Schutzausrüstung auch für die an den Beitrittsverhandlungen beteiligten Länder offen stehen sollte;
- sehen wir ein weiteres zentrales Element der EU-Zusammenarbeit in der Stärkung und Sicherung der sozialen Dienstleistungen. Wir möchten die Aufmerksamkeit insbesondere auf die zum Teil schwierige Situation pflegebedürftiger und behinderter Menschen in der ambulanten und stationären Versorgung und Betreuung in ganz Europa während der COVID-Pandemie richten.² Für die Beschäftigten stand vielerorts nicht ausreichend Schutzausrüstung zur Verfügung, wodurch die deutlich erhöhte Gefahr der Infektion und der damit auch verbundenen schwerwiegenden Folgen für alte und kranke Menschen bestand.
- haben aus unserer Sicht strukturelle Defizite die Einrichtungen für diese Pandemie anfällig gemacht. Zentrale Faktoren aus unserer Sicht sind hierbei die Unterfinanzierung, die zunehmende Ökonomisierung, der Personalmangel und der aufgetretene mangelhafte Arbeits- und Gesundheitsschutz. Hinzu kommt die an vielen Orten mangelnde Bereitschaft der Arbeitgeber zur Sozialpartnerschaft.
- begrüßen wir, dass auf Initiative des EGÖD hin das Europäische Parlament die Missstände, die zu den hohen Todeszahlen in Pflegeheimen geführt haben, deutlich anprangert.³

Zielführende Maßnahmen und bessere Koordination auf europäischer Ebene für effektiven Arbeitsschutz

Während die Hauptverantwortung für die Organisation und Bereitstellung von Gesundheitsdiensten und sozialen Diensten bei den Mitgliedstaaten liegt, spielt die EU eine entscheidende Rolle bei der Ergänzung und Koordinierung der nationalen Gesundheitswesen und in der Förderung der Zusammenarbeit.

Aus diesem Grund:

- teilen wir die Überzeugung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, dass die europäischen Gesundheitsagenturen wie auch das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten und die Europäische Arzneimittel-Agentur gestärkt werden müssen. Vor allem bei der Koordinierung und wissenschaftlichen Unterstützung von nationalen Strategien als auch zur Überwachung und Eindämmung von Pandemien, müssen sie eine wichtigere Rolle spielen als es bis jetzt der Fall war. Um dazu in der Lage zu sein, ist eine bessere finanzielle Ausstattung und eine Stärkung ihres Mandats notwendig,

²Im Durchschnitt liegt der Anteil aller COVID-19-Todesfälle, die auf Pflegeheimbewohner entfallen, bei 47% (basierend auf 26 OECD Ländern, Stand Juni 2020).

³Siehe: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2020-0216_DE.pdf, Punkt 23.

- müssen die Mitgliedstaaten solide Bereitschaftspläne für gesundheitliche Notsituationen vorlegen. Diese Pläne sollten alle Aspekte der Notfall- und Krisenreaktion wie Personal, Schutzausrüstung und Kapazitäten bei Intensivbetten umfassen. Zusätzlich sollten die nationalen Gesundheitswesen einem regelmäßigen Stresstest unterzogen werden um deren Belastbarkeit zu überprüfen,
- fordern wir Arbeitgeber auf, ihrem Schutzauftrag gerecht zu werden und die Sicherheit und Gesundheit von Arbeitnehmer*innen in Bezug auf alle mit der Arbeit verbundenen Aspekte zu gewährleisten. Dazu ist eine fachkundige und betriebsspezifische Gefährdungsbeurteilung, die psychische Belastungen einschließt, durchzuführen. Die europaweite Anwendung und Durchsetzung dieser Gefährdungsbeurteilung ist eine wichtige Grundlage für effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Stärkung von Kollektivverhandlungen und sozialem Dialog

Gewerkschaften vertreten die Arbeitnehmer*inneninteressen und -rechte. Kollektivverhandlungen auf nationaler Ebene und der soziale Dialog auf europäischer Ebene eröffnen die Möglichkeit, auf verschiedenen Ebenen zu verhandeln und zu verbindlichen Lösungen zu kommen - unter Einbindung der Beschäftigten.

Daher ist bei jeder politischen Initiative auf dem Gebiet der Gesundheit, der Sozialwirtschaft und des Arbeitsschutzes, die volle Konsultation und Einbindung der Sozialpartner zu garantieren. Dies gilt auch bei der Budgetierung des mehrjährigen Finanzrahmens für die nächste Periode.

Es ist deutlich erkennbar, dass die Krise vielerorts bereits tiefe Spuren hinterlassen hat. Deutschland hat im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft die Aufgabe und die Pflicht, die Trendwende in Europa hin zu flächendeckend guten, bedarfsorientierten Versorgungsstrukturen und sicheren Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen einzuleiten. EPSU und ver.di werden diesen Prozess tatkräftig unterstützen und die politischen Schritte der deutschen Bundesregierung während der EU-Ratspräsidentschaft kritisch begleiten.